

**DER SPIEGEL (online) 19.06.2024**

## **Gesetz gegen Kindesmissbrauch**

**»Der eigentliche Skandal ist, dass Missbrauch täglich, überall und mitten unter uns stattfindet«**

**Die Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch an Kindern in Deutschland ist weitgehend unregelt. Ein neues Gesetz soll Abhilfe schaffen. Die Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Kerstin Claus, fordert noch mehr.**

Ein Interview von Milena Hassenkamp

**SPIEGEL:** Frau Claus, was ärgert Sie am Umgang mit sexuellem Kindesmissbrauch in Deutschland?

**Claus:** Viel zu oft reagiert Politik erst, wenn Missbrauchsskandale wie in Staufen oder Lügde bekannt werden. Der eigentliche Skandal ist aber, dass Missbrauch täglich, überall und mitten unter uns stattfindet. Es fehlt oft an Wissen zu Ausmaß und Folgen von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Betroffene leiden oft ein Leben lang an den Folgen, auch die Gesellschaft muss diese Folgen mittragen. Der finanzielle Schaden, der durch sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche verursacht wird, ist um ein Vielfaches größer, als es ein größeres Investment in Prävention, Qualitätssicherung im Kinderschutz und in eine gut aufgestellte Beratungs- und Unterstützungslandschaft wäre.

**SPIEGEL:** Welcher finanzielle Schaden entsteht konkret?

**Claus:** Beispielsweise über Krankheitskosten oder abgebrochene Erwerbsbiografien. Damit wiederum sind Einbußen im Bereich der Sozialsysteme verbunden.

**SPIEGEL:** Der Gesetzentwurf zur »Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen« wird erst jetzt im Kabinett beschlossen. Warum hat das so lange gedauert?

**Claus:** Die Fragen rund um das Gesetz waren durchaus komplex – und haben ganz offenbar diese lange Konsensfindung gebraucht. In aktuellen Haushaltszeiten bedeutet jede gesetzliche Grundlage eine klare Entscheidung zur Priorisierung von Budgets, das ist nie trivial.

**SPIEGEL:** Spätestens seit dem Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche 2010 ist der Bundesregierung das Thema bekannt. Trotzdem fehlen in Deutschland einheitliche Vorgaben zur Aufarbeitung und Umgang mit sexuellem Missbrauch, daran ändert auch das Gesetz nur begrenzt etwas. Wieso sind wir nicht weiter?

**Claus:** Der Bund hat als Gesetzgeber nur sehr begrenzte Zuständigkeiten, was die Aufarbeitung solcher Fälle angeht. Das heißt: Immer dort, wo Taten verjährt sind, können und müssen die Institutionen letztlich selbst regeln, ob und wie sie mit dem erlittenen Unrecht umgehen. Deswegen ist es so wichtig, dass jetzt über das Gesetz erstmals die Rechte von Betroffenen gestärkt werden. Leider wird das Thema in den Ländern sehr unterschiedlich

gewichtet. Erste Länder sind immerhin dabei, Länderbeauftragte oder Landesbetroffenenräte zu schaffen.

**»Betroffene wollen, dass sich nicht wiederholt, was sie erleben mussten.«**

**SPIEGEL:** Was bedeutet das neue Gesetz für Betroffene?

**Claus:** Das Gesetz schafft die Grundlage dafür, dass das Wissen, die Perspektiven und Anliegen von Betroffenen verbindlich in gesellschaftliche, rechtliche und politische Entwicklungen einbezogen werden. Der Betroffenenrat und die Unabhängige Aufarbeitungskommission bei meinem Amt werden auf eine gesetzliche Grundlage gestellt und dauerhaft weiterarbeiten. So können beispielsweise die Anhörungen, die für Betroffene sehr wichtig sind, von der Kommission fortgeführt werden.

**SPIEGEL:** Haben die Betroffenen mit dem Gesetz auch mehr Rechte?

**Claus:** Gut ist, dass Betroffene deutlich erweiterte Akteneinsichtsrechte in Jugendamtsakten erhalten sollen und damit ihre eigene Geschichte besser nachvollziehen und aufarbeiten können. Es wird auch ein Beratungssystem zur Begleitung und Unterstützung der individuellen Aufarbeitung geben.

**SPIEGEL:** Was wird sich langfristig verbessern?

**Claus:** Wir werden hoffentlich bald weniger diskutieren, ob es mehr Kinderschutz braucht, sondern mehr, wie wir den Kinderschutz qualitativ verbessern können. Betroffene wollen, dass sich nicht wiederholt, was sie erleben mussten. Das Gesetz ist ein zentraler Schritt, das Thema in die Mitte der Gesellschaft zu holen und Kinder besser zu schützen.

**SPIEGEL:** Durch das Gesetz wird ihre Position als Missbrauchsbeauftragte gestärkt. Sie haben zum Beispiel eine Berichtspflicht an den Bundestag. Muss das Gesetz noch verbessert werden?

**Claus:** Vielleicht muss man im parlamentarischen Verfahren noch mal genauer anschauen, welche Befugnisse das Amt braucht, um seiner Aufgabe gerecht werden zu können. Es geht ja nicht nur um den Schutz von Kindern, sondern auch darum, wie Kindesmissbrauch bestmöglich und so früh wie möglich aufgedeckt werden kann.

**»Am Ende ist es der Staat, der damals Kinder und Jugendliche nicht ausreichend unterstützt hat«**

**SPIEGEL:** Und wie könnte das gehen?

**Claus:** Es wird darum gehen, in meinem Bericht an den Bundestag deutlich zu machen, wo der Gesetzgeber klarere Regelungen schaffen muss oder wie in rechtlichen Verfahren Kinder und Jugendliche besser geschützt werden können. Da ist es wichtig, gute Zugänge zu haben. Über die verbesserten Akteneinsichts- und Auskunftsrechte in der Kinder- und Jugendhilfe erwarte ich mir auch Signalwirkung für andere Bereiche, zum Beispiel bei der Einsicht von Schülerakten.

**SPIEGEL:** Die Aufarbeitungskommission kritisiert, dass mit den 2,5 Millionen Euro, die im Gesetz vorgesehen sind, das geplante Hilfesystem nicht ausreichend finanziert werden kann. Stimmt das?

**Claus:** 2,5 Millionen Euro für ein Beratungssystem, das Betroffene bei den oft komplexen Prozessen von Aufarbeitung unterstützen und begleiten kann, ist nicht viel, das ist richtig. Ich hätte mir hier ein klareres Signal gewünscht, aber es ist ein Anfang.

### **Zur Person**

**Kerstin Claus**, Jahrgang 1969, wurde 2022 vom Bundeskabinett zur Unabhängigen Beaufragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs berufen. Die Journalistin arbeitete zuvor für den ZDF und als Beraterin für verschiedene politische Institutionen zu Prävention, Intervention und Opferentschädigungsrecht bei sexuellem Kindesmissbrauch. Sie war zudem Mitglied im Betroffenenrat und im Nationalen Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen des Bundesfamilienministeriums. Sie ist Mitglied der Grünen.

© SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG